

**Geschäftsführung
Ausschuss für Wirtschaft,
Stadtentwicklung und
Stadtmarketing**

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	08.04.05

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing
(SI/3544/05) am 06.04.2005**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Jürgen Hardt ,

von der CDU-Fraktion

Herr Jochen Asbeck , Herr Ralf Geisendörfer , Herr Horst Hombrecher , Herr Michael Müller , Herr Rainer Spiecker ,

von der SPD-Fraktion

Herr Manfred Guder , Herr Klaus Jürgen Reese , Herr Oliver Siegfried Wagner , Herr Oliver Zier ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke ,

von der WfW-Fraktion

Herr Detlef Schmitz ,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Reinhard Granitzki ,

als sachkundige Einwohner

Herr Theo Beer (IHK), Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter (RVDL/BGV), Herr Heinz-Willi Riedesel (EHV), Herr Alexander Rocho (BDA),

von der Verwaltung

Frau Renate Galvagni (R 105), Herr Peter Jung (Oberbürgermeister), Herr Dr. Andreas Kletzander (R 003), Herr Christoph Nieder (WiBeFö), Herr Götz Pippert (R 101), Herr Erwin Rothgang (R 106), Herr Andreas Schmiedecke (R 103), Herr Thomas Uebrick (GBL 1.2), Herr Wirtz (R 105), Herr Klaus Zieglam (R 002),

als Gast

Herr Sander (Wuppertal aktiv), Herr Gunter Amtmann (VfA), Herr Dr. Manfred Boni , Herr Heiko Schütt (RVDL/BGV),

von der Presse

Herr Andreas Lukesch (WZ), Herr Stefan Seitz (Wuppertaler Rundschau)

Schriftführerin

Frau Petra Paßmann ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

I. Öffentlicher Teil

0 Zur Tagesordnung:

Für die CDU-Fraktion macht Herr Stv. Hombrecher Beratungsbedarf zu den TOP 6.1 und 6.2 „Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeitsprüfung“ geltend und bittet um Vertagung auf die nächste Sitzung des Ausschusses.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern

Der Vorsitzende verpflichtet die Herren Amtmann, Beer, de Bruyn-Ouboter, Riedesel, Rocho und Schütt mit der vorgesehenen Verpflichtungsformel.

2 Gründung der Wuppertal Marketing GmbH

Her Oberbürgermeister Jung führt zunächst aus, dass Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages zu Verzögerungen geführt haben. Der Vertrag könne daher erst fristgerecht - unter Wahrung der Zustellfristen – zu der vereinbarten gemeinsamen Sondersitzung mit dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 26.04.05 zugestellt werden.

Die aktuelle Zeitplanung sehe eine vertiefte inhaltliche Diskussion für die Sondersitzung und die abschließende Entscheidung durch den Rat am 02.05.05 vor. Die Marketing GmbH könne dann ihre Geschäfte zum 01.07.05 aufnehmen.

Herr Dr. Kletzander geht davon aus, dass die GmbH mit rund 20 Gesellschaftern (z. Z. 17 Zusagen u. a. der Galeria Kaufhof, der Fa. Vorwerk, der IG 1 und von Wuppertal aktiv) und einem variablen Stammkapital von 130 000 € starten werde. Der Entwurf des Wirtschaftsplanes sehe für 2006 Einnahme- und Ausgabepositionen von jeweils drei Mio € vor. Konzeptionell werde die GmbH einen ganzheitlichen Stadtmarketingansatz mit den Aufgabenfeldern Stadtwerbung/Tourismuskommunikation, Eventmarketing, ein verstärktes City- und Zentrenmarketing, Presse/ Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaftskommunikation verfolgen.

Angesichts der komplexen Materie hätten sich die Herren Stv. Asbeck und Reese Informationsmaterial zur besseren Vorbereitung erwünscht.

Auf Bitte von Herrn Stv. Reese informiert Herr Oberbürgermeister Jung, dass die Stadt - wie bereits in der Grundkonzeption ausgeführt - schon durch das Einbringen des Personalbudgets ein höheres Budget einbringe, sich aber auf 1/3-Stimmrecht beschränke, um den privaten Anteilseignern einen gewissen Einfluss zu ermöglichen.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Müller erklärt er, dass nach den negativen Erfahrungen anderer Städte die Mindesteinlage 5 000 € betrage. Diese Beschränkung solle eine atomistische Struktur verhindern. Kleinere Verbände könnten sich zu Gemeinschaften zusammenschließen oder aber ihre Interessen beispielsweise über die IG 1 oder Wuppertal aktiv einbringen.

In dem aus neun Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat werde die Stadt Wuppertal drei Sitze haben, die mit einem Vertreter der Verwaltung und zwei Mitgliedern des Rates zu besetzen sein werden.

Herr Stv. Henke hält es für wünschenswert, das Thema auf eine möglichst breite Basis zu stellen.

Die Herren Stv. Wagner und Müller bedauern, dass eine frühzeitigere Einbindung der Politik im Sinne einer Begleitung des Prozesses nicht erfolgt ist.

Die mündlichen Ausführungen der Herren Oberbürgermeister Jung und Dr. Kletzander werden zunächst ohne Beschluss entgegen genommen.

Eine vertiefte inhaltliche Diskussion wird anhand der Unterlagen in der gemeinsamen Sondersitzung am 26.04.05 erfolgen.

3.1 Aufwendungsbeihilfen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus
Anfrage der CDU-Fraktion vom 8. März 2005
Vorlage: VO/0308/05

Diskussion s. TOP 3.2

3.2 Aufwendungsbeihilfen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues
Vorlage: VO/0308/05/1-A

Auf Bitte der Herren Stv. Henke und Stv. Hombrecher erläutert Frau Galvagni, dass die letzte Auszahlung im Jahr 2017 erfolgen werde. In den Jahren 2005 bis 2007 sind die durch Verträge gebundenen Beträge höher als der Haushaltsansatz, können jedoch voraussichtlich durch natürliche Fluktuation (Auszüge, Einkommensentwicklung) ausgeglichen werden. In 2008 werde erstmals eine Entlastung eintreten, die bei der Haushaltsplanung entsprechende Berücksichtigung finden werde. (Zahlenwerk siehe Anlage)

Die weitere Entwicklung schätze sie aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen eher negativ ein, eine konkrete Schätzung sei aber nicht möglich.

Die Ausführungen der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

4.1 Bergische Initiative zur Bekämpfung von Leerständen in den Innenstädten
Vorlage: VO/0215/05

Diskussion s. TOP 4.2

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 06.04.2005:

Der Antrag gilt als in der Sache erledigt.

4.2 Bergische Initiative zur Bekämpfung von Leerständen in den Innenstädten
Vorlage: VO/0347/05

Herr Stv. Henke beurteilt die Bemühungen der Verwaltung um einen gemeinsamen bergischen Ansatz als positiv.

Unter Hinweis auf die geschilderten schwierigen Verhandlungen mit Eigentümern rege er an, die entsprechenden Vereine/Verbände zu kontaktieren. Dies sei seines Wissens bisher nicht geschehen.

Herr Pippert führt aus, dass im Rahmen der bisher stadtteilbezogenen Projekte Einzelpersonen angesprochen wurden. Diese haben aufgrund ihrer jeweiligen individuellen Situation gerade mit Blick auf den Städtebau eher unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt.

Herr Stv. Henke weist darauf hin, dass rund 80 % der Haus- und Grundbesitzer Wuppertals in den beiden Verein organisiert seien und Interesse an entsprechenden Kontakten hätten. Gelingt es, in einer Straße nur einige Eigentümer zu erreichen, so erhöhe sich der Druck auf die anderen.

Unter Hinweis auf die schon in der Vergangenheit geführte Diskussion des Themas "Leerstände" unterstützt Herr BM Bahr auch diesen Ansatz.

Wie schon das bereits in der Vergangenheit beauftragte Bergische Einzelhandelskonzept begrüßt Herr Stv. Reese jede Initiative, die ein Miteinander organisieren hilft. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Interessenlagen sehe er das Engagement Einzelner jedoch nicht ganz so optimistisch.

Herr Beig. Uebrick macht deutlich, dass sich die Verwaltung intensiv beispielsweise für die Pilotprojekte Friedrichstraße und Schuchardstraße eingesetzt habe.

Diese Beispiele zeigten aber auch, dass schon innerhalb Wuppertals unterschiedliche Strategien erforderlich sind. Noch komplexer werde eine Zusammenarbeit der bergischen Städte.

Auf Frage von Herrn Stv. Schmitz informiert Herr Beig. Uebrick, dass bezogen auf die Schuchardstraße lediglich 18 % der Eigentümer auch in Wuppertal lebten.

Als Einzelhändler möchte Herr Stv. Geisendörfer einige persönliche und kritische Anmerkungen insbesondere zu solchen Punkten machen, die von der Stadt – unabhängig übergreifender Initiativen - positiv beeinflusst werden können. Er denke dabei an die durch eine Zersiedelung und fehlende Planungssicherheit bedingten Schwierigkeiten des Standortes Wuppertal. Neben den Aspekten „Sicherheit“, „Sauberkeit“ und „Ordnung“ brauche Wuppertal ein lebendiges urbanes Leben, zu dem beispielsweise Rockkonzerte im Stadion und mehr Vorstellungen Pina Bauschs in Wuppertal selbst zählen könnten. Mehr Wert müsse die Stadt seines Erachtens auf eine Bestandspflege und –erhaltung legen. Die Parkraumsituation könne in vielen Fällen in Verbindung mit einem besseren Baustellenmanagement verbessert werden.

Gerade die Summe derartiger „Kleinigkeiten“ erschwere das Leben der Einzelhändler aber auch die Identifikation mit ihrer Stadt.

Herr Oberbürgermeister Jung stellt nachdrücklich fest, dass die Stadt verschiedenste Interessen im Blick haben müsse und nicht nur Partikularinteressen verfolgen könne. Nur ein gemeinsames Eintreten für die Stadt werde die Stadt insgesamt attraktiver machen.

Für Herrn Stv. Henke muss dabei eine Diskussion über das „Wie“ möglich sein.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**5 VO/2639/04 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Managementprogramm "Innenstadtentwicklung"
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.03.2005
Vorlage: VO/0387/05**

Herr BM Bahr zeigt sich verwundert, dass die Verwaltung trotz Beschlussfassung im letzten Jahr offenbar erst im März dieses Jahres aktiv geworden sei.

Herr Beig. Uebrick erläutert, dass die Verwaltung das Thema „Managementprogramm“ nach dem Beschluss des Rates im Juli 2004 in einem ersten zeit-
aufwendigen Schritt durch die Entwicklung eines Zielvereinbarungssystem
„handelbar“ gemacht habe.

Ein konkretes Konzept „Innenstadtentwicklung“ könne die Verwaltung noch nicht vorlegen, seien Projekte mit konkreten Handlungsbedarf wie z. B. Elba, Luhn- und Schwelmer Straße vorrangig zu behandeln gewesen.

Erst mit der Wiederbesetzung einer Stelle im Ressort Stadtentwicklung und Stadtplanung bestehe seit Anfang des Monats auch die personelle Kapazität, das Konzept voranzutreiben. Er gehe davon aus, dieses in ca. sechs Monaten vorlegen zu können.

Die mündlichen Ausführungen werden ohne Beschluss entgegen genommen.

**6.1 Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeitsprüfung
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2005
Vorlage: VO/0245/05**

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 06.04.2005:

Auf Bitte der CDU-Fraktion werden Beratung und Beschlussfassung auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 01.06.05 vertagt.

Einstimmigkeit

**6.2 Wuppertal auf dem Weg zu einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Stadt
Vorlage: VO/0089/05**

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 06.04.2005:

Auf Bitte der CDU-Fraktion werden Beratung und Beschlussfassung auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 01.06.05 vertagt.

Einstimmigkeit

**7 Bauleitplanverfahren Nr. 1074 - Erweiterung des Golfplatzes Bergisch Land
- (Flächennutzungsplanänderung)
- Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: VO/3752/04**

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 06.04.2005:

1. Die Aufstellung des Bauleitplanverfahrens Nr. 1074 (Flächennutzungsplanänderung), dessen Geltungsbereich die beiden Teilflächen
 - a) im Norden der bestehenden Golfanlage auf einem Teil des Grundstücks Gemarkung Dönberg, Flur 10, Flurstücke 14 und 50 und
 - b) im Süden der bestehenden Golfanlage auf einem Teil des Grundstücks Gemarkung Dönberg, Flur 10, Flurstücke 47, 52, 54, 56, 58 und 81 sowie Flur 7, Flurstück 14 und 15umfasst, wie im Planausschnitt in Anlage 2 kenntlich gemacht, wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Einstimmigkeit (bei einer Enthaltung der Fraktion B 90/GRÜNE).

**8 Mittelstandspark VohRang; Konsequenzen aus dem Entwurf der Umweltverträglichkeitsstudie
Vorlage: VO/0341/05**

Herr Stv. Hombrecher empfindet die Entwicklung als katastrophal und hofft auf eine zügige Weiterentwicklung der verbleibenden Fläche.

Auch für Herrn BM Bahr hat der Gewerbepark VohRang oberste Priorität. Seiner Meinung nach habe die Verwaltung die Problematik verkannt. Ihn interessieren die nunmehr einzuleitenden Verfahrensschritte.

Herr Beig. Uebrick erklärt, dass als Voraussetzung für das Bauleitplan-Verfahren zunächst die Umweltverträglichkeitsprüfung abzuwarten war. Der Aufstellungsbeschluss werde nunmehr so schnell wie möglich erfolgen. Auf der Basis des sog. 33'er Standes können nach der Offenlage ggf. erste Erschließungsmaßnahmen noch vor dem Satzungsbeschluss durchgeführt werden. Auch hinsichtlich des Regenrückhaltebeckens stehe die Stadt in der Pflicht schnellen Handelns.

Er informiert darüber hinaus, dass die Stadt die Fläche bereits erworben habe. Der Kaufvertrag aus Dezember vergangenen Jahres beinhalte eine Rücktrittsoption, die die jetzigen Nachverhandlungen hinsichtlich des Kaufpreises ermögliche.

Herr Beer empfindet die Situation als absurd. Gerade die aus Umweltschutzgründen angestellten Bemühungen, auf alten Brachflächen Gewerbe anzusiedeln, würden nun durch die strengen EU-Richtlinien konterkariert. Vor dem Hintergrund derartiger Entwicklungen frage er sich nach der Zukunft für Arbeitsplätze.

Herr Oberbürgermeister Jung weist darauf hin, dass die Stadt an vorgegebene

Verfahren gebunden sei. Im übrigen könne er den Ausführungen Herrn Beers nur zustimmen.

Die Diskussion ist für Herrn Stv. Müller Anlass, die aktuellen Sachstände der anderen geplanten Gewerbegebiete wie MediaPark, Nösenberg oder G-O-H-Kaserne zu erfragen. Er erwarte eine zügige Entwicklung der B-Pläne und halte eine regelmäßige Berichterstattung in diesem Ausschuss für erforderlich.

Herr Beig. Uebrick informiert in diesem Zusammenhang, dass die erneute Offenlage für den Bereich Nösenberg in der Sitzung der Bezirksvertretung am 13.04.05 vorgesehen sei.

Gerade angesichts der durch den wirtschaftlichen Strukturwandel bedingten großen Probleme hegt Herr Stv. Reese ähnliche Befürchtungen wie die Vordredner und mahnt zur Eile bei der Umwidmung verlassener Nutzflächen. Dabei denke er insbesondere an die Planungen G-O-H-Kaserne.

Herr Oberbürgermeister Jung weist in diesem Zusammenhang auf einen Eigentümerwechsel hin.

Zusammenfassend erinnert Herr Beig. Uebrick an das Einvernehmen in der Frage, das B-Plan-Verfahren VohRang erst nach Abschluss der Kaufverhandlungen durchzuführen. Die Verwaltung habe vorbereitende Maßnahmen wie eben die Umweltverträglichkeitsprüfung bereits vorgezogen. Nach Abschluss der Nachlassverhandlungen werde das B-Plan-Verfahren zügig eingeleitet. Die gleiche zügige Bearbeitung gelte auch für die weitere Entwicklung der G-O-H-Kaserne.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Schmitz erläutert er, dass die Umweltverträglichkeitsprüfungen gesetzlich vorgeschrieben seien. Bezogen auf die anderen Gewerbegebiete seien diese teilweise durchgeführt worden. Besondere Erkenntnisse lägen nicht vor.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 06.04.2005:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing nimmt den Bericht der Verwaltung entgegen.

Nach Auffassung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing hat die Entwicklung der Gewerbeflächen höchste Priorität. Die Verwaltung wird daher gebeten, die Planungen zügig weiterzuentwickeln.

Der Ausschuss erwartet die Vorlage des Aufstellungsbeschlusses zumindest für den östlichen Teil des Gewerbeparks VohRang für die Sitzung des Ausschusses Bauplanung am 07.06.05.

Unabhängig davon erbittet der Ausschuss einen zeitnahen Gesamtüberblick über den Stand der Entwicklungen der Gewerbegebiete, den jeweiligen Bearbeitungsstand und die Chancen, Verfahren zu beschleunigen.

Einstimmigkeit

Hardt
Vorsitzender

Paßmann
Schriftführerin